

„Was soll ich wollen?“

Über studentische Politik in der ‚unternehmerischen Hochschule‘



Fredrik Dehnerdt: »Was soll ich wollen?« - Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Partizipation von Studierenden an deutschen Hochschulen. Analyse eines Dispositivs. Reihe Hochschule, Bd 8, Marburg 2014

Es ist allgemein bekannt, dass es Studierendenvertretungen ihrer jeweiligen politischen Vorgängergenerationen selten recht machen können. Dem Buch ist daher das Zitat eines ehemaligen *taz*-Bildungsredakteurs vorangestellt, von dem bekannt ist, dass er mit politischen Studierenden so gut wie immer über Kreuz lag: »Nichts los an der Uni. Kleinbürgerliche unpolitische Student_innen, selbtherrliche AStA-Fritzen und konzeptlose Wissenschaftsminister: So wird das nichts mit der Auseinandersetzung um die Studiengebühren.« (Christian Füller in der *taz* vom 4.2.2005). Immerhin wurde seitdem die Rücknahme von Studiengebühren in sieben Bundesländern politisch erkämpft. Solchen Aussagen liegen in der Regel vor-wissenschaftliche, d.h. »gefühlte« Vergleiche zu-

grunde: am beliebtesten der mit der 68er-Bewegung. Gänzlich verzichtet wird auf eine Analyse der Anforderungen, Bedingungen und Handlungszwänge, denen Studierende in einer konkreten Situation ausgesetzt sind. Da sich die Hochschul- und Studienstrukturen im Zuge der Durchsetzung der »unternehmerischen Hochschule« radikal verändern, ist aber aktuell gerade eine solche Analyse überfällig. In dem Sinne schließt die vorliegende Veröffentlichung, hervorgegangen aus einer Dissertation an der Universität Hamburg, eine Lücke der politischen Diskussion und Erkenntnis. Der Autor ist ein langjähriger politischer Aktivist und ehemaliger Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren. Manchmal ist es ein Glücksfall, wenn sich politische Erfahrung und theoretische Reflexion verbinden.

Selbst- und Fremdbestimmung

Der scheinbar paradoxe Titel (»Was soll ich wollen?«) ist programmatisch, da der Autor davon ausgeht, dass bei der Konstituierung politischer Subjektivitäten Momente von Selbst- und Fremdbestimmung zusammen wirken. Macht im modernen Kapitalismus ist nie nur ein dimensionales Oben-Unten von Herrschaft und Knechtschaft. Die interessante Frage ist dann immer, wie die Momente des »Selbst« sich derart politisieren und verallgemeinern können, dass sie die von den Herrschaftsverhältnissen gesetzten Bedingungen überschreiten oder mindestens modifizieren.

Bevor diese Fragestellung anhand der neuen Strukturen der

»unternehmerischen Hochschule« diskutiert wird, ist der breit ausholende historische Ansatz des Autors besonders erwähnenswert. In Anlehnung an die Gouvernementalitätstheorie von Foucault unterscheidet er historisch drei Dispositive der Verteilung inner-hochschulischer Macht: 1. die individualistische Selbstbestimmung, 2. die politische Mitbestimmung, 3. die unternehmerische Partizipation. Die individualistische Selbstbestimmung ist weitgehend mit dem traditionellen Humboldtischen Bildungsbegriff identisch, kurz: die individuelle Reflexion im Medium der Wissenschaft, die zu neuen Erkenntnissen (und individuellen Horizonten) führt. Für Humboldt waren hier Lehrende und Lernende grundsätzlich gleichgestellt. Was nichts daran änderte, dass bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Institutsleiter (Ordinarien) allein über die Belange der Hochschulen entschieden. Im Kontext des dynamischen Ausbaus der Hochschulen und unter dem politischen Einfluss der Assistenten- und Studentenbewegung, die ihre Beteiligungsansprüche geltend machten, wurde deren Macht in Frage gestellt. Ergebnis war die Gruppenschule mit garantierten Mitbestimmungsrechten aller Statusgruppen. Dabei wurde der Gedanke der »Selbstbestimmung« keineswegs verworfen, sondern über den individuellen Aspekt hinaus politisiert, d.h. um den Gedanken der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft ergänzt. Als adäquate Form dieser Verantwortungsübernahme galt die demokratische Selbstverwaltung

der Hochschule. Folglich ist die Gruppenhochschule nicht lediglich technokratisch-juristische Innovation gegenüber dem Vorgängermodell, sondern auch Ergebnis politischen Handelns der Basis, wobei es »insbesondere die Studierenden waren, die über ihre Stellungnahmen und Aktivitäten zur Änderung der an die Hochschulen gestellten Anforderungen beitragen und somit als Akteure im (hochschul-)politischen Kräftefeld der 1960er Jahre [...] einen relevanten Anteil daran besaßen, dass ein neues Hochschulleitbild wirksam wurde.«

Diese Periode politischer Mitbestimmung wird etwa im Zeitraum 1997–2013 von einem neuen Leitbild unternehmerischer Partizipation abgelöst. Die Stunde der »unternehmerischen Hochschule« hat geschlagen. Eine Blaupause gibt es dafür nicht. Das Leitbild setzte sich über etliche Versuche, gescheiterte Präsident_innen und Nachkorrekturen durch. Rektoren und Präsidenten, die nur top-down mit Anordnungen und Verboten agieren, scheitern in der Regel. In den letzten Jahren hat sich eine Art Softpower herausgebildet, bei der auf Kommunikation mit den Hochschulmitgliedern stark geachtet und der Gedanke der Partizipation betont wird. Entscheidend bei diesen Vorgängen ist die Funktionsänderung des Studiums und die Transformation der studentischen Rolle: vom Mitglied der Hochschule mit garantierten Rechten auf Mitbestimmung und Repräsentation, legitimiert durch Wahlen, zu »Kunden« der Hochschule, die ihr Studium als individuelle Investition in das eigene künftige »Humankapital« begreifen und dieses ständig in Konkurrenz mit anderen zu optimieren trachten. Tendenziell wird so der Gedanke der – individuellen und kollektiven – Selbstbestimmung, in wel-

chem immer noch Anklänge an Emanzipation und Aufklärung nachwirken, durch den Gedanken der »Selbststeuerung« (und Selbstoptimierung) ersetzt.

Individuelle Partizipation

Das heißt nun nicht, dass die traditionellen mitbestimmten Hochschulgremien sofort abgeschafft werden, aber in ihrem Einfluss erheblich geschwächt und an den Rand gedrängt. Die relevanten Entscheidungen, die an einer Hochschule zu treffen sind, werden zunehmend durch Managementtechniken dominiert. Das modernere Management legt dabei aber großen Wert auf die Betonung von Kommunikation und Partizipation. Die Formen der Partizipation



Der Autor Fredrik Dehnerdt auf auf unserem jüngsten Gewerkschaftstag im November

on entsprechen dabei allerdings exakt der Kundenrolle, wobei einem sofort Stiftung Warentest einfällt. Studierende dürfen Evaluationsbögen zwecks Lehrveranstaltungsbewertung ausfüllen, sich an Meinungsumfragen und Akkreditierungen beteiligen, auf ad hoc vom Präsidium einberufene Hochschulversammlungen gehen, um dort mitzudiskutieren usf. Dazu werden die Hochschulmitglieder individualisiert

angerufen. Diese Art der Partizipation hat folglich mit garantierten Rechten von Mitgliedergruppen der Hochschulen auf Selbstverwaltung und politische Mitbestimmung nichts mehr zu tun. Partizipation ist eine Managementtechnik, welche der Integration in zentral entwickelte Strategien dient. Mit ergebnisoffener Entscheidungsfindung in demokratischen – oder semidemokratischen – Verfahren hat dies nichts mehr zu tun.

Breite Zufriedenheit angesichts solcher Zustände und Angebote herrscht allerdings nirgendwo. Insbesondere angesichts der administrativen Verkürzung und Verschlungung des Studiums im sog. Bologna Prozess herrscht breite Unzufriedenheit. Diese war auch die Ursache für den bundesweiten Bildungsstreik 2009. Die Arbeit endet folglich mit qualitativen Interviews (»Studieren im Bachelor/Master-System«) mit Studierenden, deren Ergebnisse noch einmal die Widersprüche zwischen je eigenen Interessen und Ansprüchen und den suboptimalen Angeboten der Hochschule beleuchten. »Zusammenfassend kann man davon ausgehen, dass die beschriebene Differenz zwischen studentischem »Wollen« und studienorganisatorischem »Sollen« von einem relevanten Teil der Studierenden wahrgenommen wird.« Zum Glück vermeidet der Autor es, aus seinen Erkenntnissen einfache politische Rezepte und Ratschläge, »was politisch passieren müsste«, abzuleiten. Ihm gelingt es allerdings, die Widersprüche der »unternehmerischen Hochschule« derartig exakt zu beleuchten, dass dieses nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse beschert, sondern auch – perspektivisch – politische Schlüsse ermöglicht.

TORSTEN BULTMANN
Politischer Geschäftsführer des BdWi